

Niederschrift BAU/041/2008

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 05.06.2008

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer SPD Ratsmitglied

Mitglieder:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger (SPD)
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger (CDU)
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Hartmut Klein	(für die Baudenkmal- pflege)
Herr Dr. Lothar Kurz	(für die Bodendenkmal- pflege)
Herr Claus Meier	(Beirat für Menschen mit Behinderungen)

Heinz Werning

(Seniorenbeirat)

Vertreter:

Herr Bernhard Strotmann CDU

Vertretung für RM Kaisel

Herr Detlef Weßling SPD

Vertretung für RM Ostermann

Gäste:

Herr Martin Forstmann

AÖR

Herr Josef Lucas

AÖR

Verwaltung:

Herr Jürgen Grimberg

Produktverantwortlicher

Frau Martina Wietkamp

Schriftführerin

Herr Jan Kuhlmann

Beigeordneter

Herr Werner Schröer

Fachbereichsleiter

Frau Claudia Kurzinsky

Produktverantwortliche

Es fehlten:

Herr Christian Kaisel CDU

vertreten durch SB Strotmann

Herr Dietmar Ostermann SPD

Vertreten durch SB Weßling

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Seitens der Verwaltung wird darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 6 (Vorl.-Nr. 165/08) von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Ebenfalls auf Wunsch der Verwaltung soll der Tagesordnungspunkt 9 (Vorl.-Nr. 237/08) im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten werden. Seitens der Ausschussmitglieder werden keine Einwendungen gegen die Änderungswünsche erhoben.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 40 über die öffentliche Sitzung am 10.04.2008**

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorgebracht, diese ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 10.04.2008 gefassten Beschlüsse

3. Informationen

3.1. Jahresgespräch Straßenbauverwaltung

Herr Schröder berichtet über das Gespräch und verliest Auszüge aus einem Vermerk, der der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Hagemeier schlägt vor, anzuregen, die Radwege entlang der K77 und entlang der B481 miteinander zu verbinden. Für eine Anbindung an das Gewerbegebiet für Radfahrer solle ebenfalls gesorgt werden. Zusätzlich schlägt er vor, die vorgesehene Linksabbiegespur im Einmündungsbereich an der K77 durch einen Kreisverkehr zu ersetzen.

Herr Schröder erklärt, dass verschiedene Varianten geplant werden und dass die Planungen zu gegebener Zeit dem Bauausschuss vorgelegt werden.

Herr Schröder macht einige Ausführungen zum Vermerk und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Technische Betriebe Rheine, AÖR
Straßen/Verkehrsplanung
-tbr - lö - 5.3 - 482 -

20. Mai 2008

Vermerk

Erörterungsgespräch über größere Straßenbaumaßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Rheine mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Münsterland

9. Mai 2008, Gaststätte Heuwes, Rheine-Gellendorf

Teilnehmer:

Von Straßen NRW, Regionalniederlassung Münsterland

Herr Griepenburg
Herr Ransmann
Herr Ebbeskotte

Von der Stadt Rheine/Technische Betriebe Rheine, AÖR

Herr Kuhlmann
Herr Schröer
Herr Forstmann
Herr Lücke

Folgende Punkte wurden besprochen:

1. Bau eines Radweges entlang der L 591 zwischen den Ortsteilen Kanalhafen und Rodde

Die Stadt Rheine hat einen Ausbautentwurf für die Anlegung eines Radweges auf der Südseite der L 591 aufgestellt. Die Länge des Radweges beträgt etwa 1.450 m. Die südliche Straßenseite wurde gewählt, weil auf der nördlichen Seite mehrere Gehöfte liegen und hier größere Schwierigkeiten beim Grunderwerb erwartet wurden, während auf der südlichen Seite nur Ackerflächen betroffen sind.

Zwischenzeitlich konnte die Stadt Rheine bereits einen Grunderwerbsfall für den Bau des Radweges abschließen, sodass auch hierdurch die Lage des Radweges entsprechend vorgegeben ist.

- 2 -

Da für den Bau von Radwegen an Landesstraßen seitens der Landesregierung nur ein begrenzter Finanzrahmen zur Verfügung gestellt wird, ist der Bau dieses Radweges in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Um in den nächsten Jahren trotzdem einen Radweg herstellen zu können, soll versucht werden, über eine Bürgerinitiative in das Programm des Kreises „Bürgerradwege an klassifizierten Straßen“ aufgenommen zu werden. Der Zuschuss des Kreises Steinfurt beträgt 15.000 € pro km unter der Voraussetzung, dass sich die jeweilige Gemeinde in gleicher Höhe an dem Projekt beteiligt. Die weitere Finanzierung soll durch Spenden-sammlung bzw. durch Eigenleistungen der Bürgerinitiative aufgebracht werden. Durch den Zuschuss des Kreises werden nur etwa 10 % der Baukosten abgedeckt.

Das Land könnte nach Fertigstellung eines ordnungsgemäß hergestellten, asphaltierten Radweges anschließend die Flächen erwerben. Denkbar ist auch eine Mitfinanzierung des Radweges über das Baumalleenprogramm. Hierzu müssten allerdings größere Breiten neben dem geplanten Radweg für das Anpflanzen von Bäumen vorgesehen werden.

2. Bau eines Radweges entlang der L 593 zwischen der BAB AS Rheine und der Ortschaft Dreierwalde (Stadt Hörstel)

Für den Bau eines Radweges zwischen der Autobahn A 30 und der Ortschaft Dreierwalde gilt das gleiche wie vorher. Auch hier ist der Bau eines Radweges durch das Land NRW in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Allerdings gibt es hierfür auf Seiten der Stadt Rheine noch keine Bürgerinitiative, die sich für den Bau des Radweges engagiert. Es soll zunächst abgewartet werden, ob sich auf der Seite der Stadt Hörstel eine Initiative bildet und ob der Radweg anschließend gebaut werden kann.

3. Radweg entlang der B 481 von der Straße Am Bauhof bis zum Staelskottenweg

Die Eisenbahnbrücke der B 481 soll zurückgebaut werden und gleichzeitig soll der Radweg Rheine – Mesum bis zum Staelskottenweg verlängert werden. Bedingt durch die Anforderungen für militärische Schwerstfahrzeuge musste die Durchfahrtsbreite neben der geplanten Mittelinsel auf 4,25 m vergrößert werden. Weiterhin wird mitgeteilt, dass die Submission in der 36. KW. erfolgen soll. Die Bauzeit wird etwa 5 Monate betragen.

4. Umbau der B 65 Salzbergener Straße von der Eisenbahnstrecke Rheine – Spelle bis zur Auffahrt B 70 (Kreisverkehr)

Herr Schröder stellt anhand von Querschnitten die gewünschte Neuaufteilung der Verkehrsflächen vor. Die Kosten für den Umbau werden auf ca. 1.5 Mio € geschätzt. Die

- 3 -

Stadt Rheine soll eine Entwurfsplanung in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW aufstellen. Seitens des Landesbetriebes soll Frau Hackmann das Projekt betreuen. Über die weiteren Verfahrensschritte soll nach Vorliegen der Entwurfsplanung entschieden werden.

5. Querspange von der B 481 bis zur K 77

Die Stadt Rheine entwickelt zurzeit das Gewerbegebiet Rheine-R. Um das Gewerbegebiet an das überörtliche Straßennetz anbinden zu können, soll eine Querspange von der B 481 zur K 77 hergestellt werden. Der Kreis wird diese neue Straße als K 66n fehderführend umsetzen. In den Einmündungsbereichen zur Kreisstraße und zur Bundesstraße sollen Linksabbiegespuren angelegt werden.

6. Sachstandsbericht über den Umbau der B 65 Kardinal-Galen-Ring

Die Maßnahme befindet sich zurzeit im Bau. Probleme bei der Ausführung sind nicht vorhanden. Der vorgesehene Bauzeitenplan wird bisher eingehalten.

7. Umbau der B 65 in der OD Rheine von der östlichen Seite der Ludgerusbrücke bis zur B 475

Die Stadt Rheine stellt einen ersten Entwurf für den erstmaligen Bau von Radwegen an der B 65 von der östlichen Seite der Ludgerusbrücke bis zur B 475 und in Weiterführung entlang der L 501 bis zur Einmündung Osnabrücker Straße vor. Angedacht war im Bereich nördlich der Brücke eine Erhöhung der äußeren Stützmauer und eine Verschiebung des Gehweges nach Außen, um zwischen der vorhandenen Busbucht und dem Gehweg eine Wartefläche für Fahrgäste und den Radweg anlegen zu können. Aufgrund erheblicher statischer Probleme scheidet diese Variante allerdings aus.

Seitens des Landesbetriebes wird eine Verkleinerung der Busbucht in Erwägung gezogen, um die Radwege zu ermöglichen. Der Entwurf soll in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW weiterbearbeitet werden.

8. Verschiedenes

Unter diesem Punkt wurde über die Stellungnahme der Stadt Rheine zur Prüfung der Ausgaben für den Bundesfernstraßenbau durch das Prüfungsamt des Bundes und der hieraus resultierenden Rückforderungen der Straßenbauverwaltung im Zusammenhang mit den abgeschlossenen Vereinbarungen a) Umbau der B 475 Hemelter Straße und b) Umbau der B 475 Ortsdurchfahrt Elte gesprochen.

- 4 -

Hier geht es um die Mehrkosten für das Klinkerpflaster und eine finanzielle Beteiligung der Stadt Rheine am Knoten B 475/K 80. Die Stadt Rheine hat die Haftpflichtversicherung und die Eigenschadensversicherung eingeschaltet, ob eine Erstattung der Rückforderungen möglich ist. Über das Ergebnis wird Herr Kuhlmann Herrn Griepenburg telefonisch informieren.

Im Auftrag



Löcke

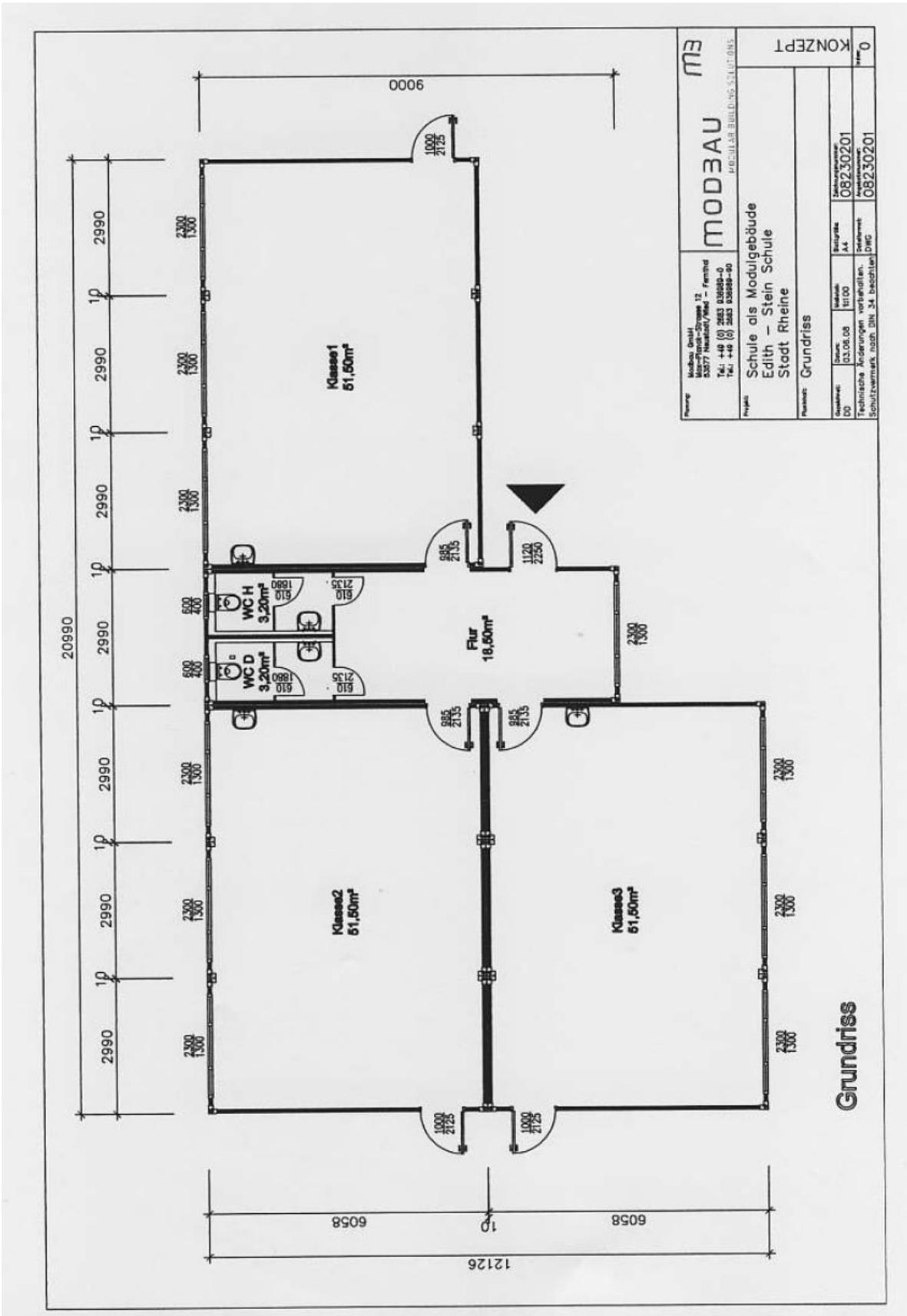
Gesehen:

Schröder
Stadt. Baudirektor

3.2. Pavillons an der Edith-Stein-Schule

Herr Schröder zeigt anhand des Beamers den möglichen Standort für die zu errichtenden Pavillons. Dieser Standort sei mit der Bauordnung bereits im Detail abgestimmt, eine beschränkte Ausschreibung erfolge in den nächsten Tagen.

Auf Herrn Reiskes Frage, ob für die Errichtung der Pavillons Bäume entfernt werden müssten, antwortet Herr Lucas, dass es sich um nicht satzungsgeschützte Bäume handle, die Maßnahme sei mit Herrn Twesten abgestimmt.



3.3. Überquerungshilfe an der Surenburgstraße

Herr Schröder verweist auf einen Antrag der AWO zur Einrichtung einer Überquerungshilfe an der Surenburgstraße.

Seitens der Verwaltung sei eine Verkehrsmengenzählung veranlasst worden. Der Antrag und der dazu verfasste Vermerk sind der Niederschrift beigelegt.

*Wohnen heißt
zu Hause sein!*



Arbeiterwohlfahrt

Unterbezirk
Münster-Stadt

AWO Wohnstätte, Surenburgstr. 133-135, 48429 Rheine
Bauausschuss der Stadt Rheine

Vorsitzender
Herrn Karl-Heinz Brauer
Postfach

48427 Rheine

Wohnstätte für
Menschen mit Behinderungen
Bert Sperling
Tel 05971 - 9889-11
Fax 05971 - 9889-20
E-mail: b.sperling@awo-ms-st.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom:
BSTelefon, Name
05971-988 90Datum
21.06.

Antrag zur Errichtung einer Querungshilfe auf der Surenburgstraße, um Gefährdungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der AWO Wohnstätte zu verringern

Sehr geehrter Herr Brauer,

der Wohnbeirat der AWO Wohnstätte und der Wohnstättenleiter bitten Sie um Unterstützung bezüglich der Errichtung einer Querungshilfe über die Surenburgstraße.

Die Wohnsituation ist folgende: 11 BewohnerInnen wohnen auf der einen Seite und 35 BewohnerInnen wohnen auf der anderen Seite der Surenburgstraße. Die Surenburgstraße muss von den BewohnerInnen überquert werden, weil

- sie die Fahrdienste der Caritas-Emstor-Werkstätten in Anspruch nehmen und der immer auf der einen Straßenseite hält
- sie die Bushaltestellen nutzen, die an beiden Straßenseiten eingerichtet sind
- sie sich gegenseitig besuchen und dafür die Straße überqueren müssen

Die Surenburgstraße ist eine zu Stoßzeiten sehr befahrende - und meistens auch zu schnell - fahrende Straße. Durch die häufige Überquerung der Surenburgstraße entstehen unnötige Gefährdungen der BewohnerInnen. Zu bedenken ist auch, dass einige BewohnerInnen gehbehindert oder auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Die nächste Ampel ist ca. 250 m entfernt und das für die Bewohnerinnen und Bewohner im Alltag nicht zu nutzen.

Vor ca. 2 Jahren haben wir beim Bauamt der Stadt einen Antrag gestellt, die Situation an der Surenburgstraße mit Hilfe eines Fußgängerüberweges oder einer Geschwindigkeitsreduzierung zu sichern. Dies wurde dann, nach einer Begutachtung, mit dem Hinweis abgelehnt, dass es sich um eine Ausfahrtstraße handelt, die nicht beschränkt werden darf.

Antrag Bauausschuss Querungshilfe

Technische Betriebe Rheine AÖR
Str.-fo

Rheine, 26. Mai 2008

Vermerk

Antrag zur Errichtung einer Querungshilfe auf der Surenburgstraße, um Gefährdungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der AWO-Wohnstätte zu verringern

Der o. g. Antrag wurde im Arbeitskreis Verkehr beraten. Um hier eine fachgerechte Beurteilung abgeben zu können, ist eine Verkehrsmengen- und Geschwindigkeitsmessung erforderlich. Diese Geschwindigkeits- und Mengenmessung wird seitens des Fachbereiches 3/32 durchgeführt. Voraussichtlich werden die Verkehrszahlen für die Anlegung eines Fußgängerüberweges nicht erreicht. Die Fußgänger queren die Surenburgstraße hier nicht gebündelt. Außerdem bleibt zu bedenken, wenn ein Fußgängerüberweg nur selten genutzt wird, gibt es für ihn seitens der Autofahrer kaum Akzeptanz.

Im Auftrag

Forstmann

3.4. Besichtigungsfahrt des Schulausschusses

Herr Schröder verweist auf die im Ratsinformationssystem „Session“ einzusehende Einladung des Schulausschusses an die Mitglieder des Bauausschusses, an einer Besichtigungsfahrt zu verschiedenen Schulprojekten teilzunehmen.

4. Eingaben

Es liegen keine Eingaben vor.

5. Verkehrssituation an der Bahnhofsausfahrt - Antrag der SPD-Fraktion im Bauausschuss zur Überprüfung der Verkehrssituation an der Bahnhofsausfahrt - Vorlage: 235/08

IA1855

Herr Löcken dankt der Verwaltung für die Erstellung der ausführlichen Vorlage. Ziel der SPD-Fraktion sei es, mittelfristig auf die Fußgängerrampe in Höhe der ehemaligen Güterabfertigung verzichten zu können, um hiermit einen Beitrag zur

Entlastung des innerstädtischen Ringes leisten zu können. Folgende Punkte müssten hierzu geklärt sein:

1. die Verfügbarkeit der sich in Bahnbesitz befindlichen Straßenfläche. Seitens der Stadt Rheine solle alles versucht werden, um diese Flächen so bald wie möglich zu erwerben.
2. der Standort der Linienbusse vor dem Bahnhof. Hier sei es wichtig, mit den Betreibern der Linien im Gespräch zu bleiben, um ggf. einen günstigeren Standort zu finden.
3. Entfernung der Fußgängerampel an der ehemaligen Güterabfertigung, die aus seiner Sicht überflüssig sei.

Herr Löcken schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Ziel, den abfließenden Verkehr vom Bahnhof über die Otto-Bergmeier-Straße zu führen, weiterzuverfolgen.“

Herr Kohlen führt aus, dass sich die CDU-Fraktion grundsätzlich dem geänderten Beschlussvorschlag anschließen könne. Die Entfernung der Fußgängerampel sei aus seiner Sicht nur unter der Voraussetzung sinnvoll, wenn der noch einseitig bestehende Durchgang zum „Bustreff“ vollständig geschlossen werde. Im Rahmen der Neugestaltung des „Bustreffs“ sei dann über eine Erweiterung der Ampelanlage an der Otto-Bergmeier-Straße nachzudenken. Die Verwaltung solle weiterarbeiten an einer Verbesserung der Verbindung der Otto-Bergmeier-Straße in Richtung Bahnhof. Zu gegebener Zeit sei die Erstellung eines Verkehrsgutachtens sicherlich sinnvoll.

Herr Reiske erklärt, dass seine Fraktion dem Änderungsvorschlag nicht zustimmen könne, er könne sich die Errichtung weiterer Fußgängerampeln durchaus vorstellen. Er gehe nicht von einer Steigerung des Verkehrs auf dem Ring aus, sondern aufgrund der steigenden Energiepreise eher von einem geringeren Verkehrsaufkommen.

Herr Schröder führt zu den von Herrn Löcken aufgeworfenen Fragen aus, dass zunächst die Flächen für den Wendehammer von der AURELIS, die als Tochterunternehmen der Bahn fungiere, gekauft werden müssten. Dieses Unterfangen erweise sich als langwierig. Hinzu komme, dass der rechtsgültige Bebauungsplan hier keine Durchfahrt zulasse. Die „DB-Stationen und Service GmbH“ als Eigentümerin des Empfangsgebäudes strebe eine Sperrung der Durchfahrt durch die Errichtung von Pollern an, was durch die Führung von Gesprächen jedoch bisher verhindert werden konnte. Mittlerweile würden Verhandlungen geführt über ein Belassen der derzeitigen Situation.

Zur Entfernung der Fußgängerampel erläutert Herr Schröder, ein Planungsrecht zur Nutzung der Passage bestehe nicht. Trotzdem habe aus seiner Sicht die Ampelanlage zum Beispiel für Radfahrer, die aus Richtung rechter Emsseite in Richtung Radstation fahren, durchaus eine Bedeutung und einen Nutzen. Er betont, dass für das gesamte Gelände vor dem Bahnhof eine weitere Ordnung anzustreben sei. Zum Umbau des „Bustreffs“ liege eine ältere Entwurfsplanung vor, die überarbeitet werden müsste, im zweiten Schritt sei es dann sinnvoll, ein Verkehrsgutachten einzuholen. Er schlägt vor, die vorgelegte Planung jetzt umzusetzen und in vier bis fünf Jahren dieses Thema nochmals aufzugreifen.

Herr Forstmann ergänzt, dass im Falle der Anlegung einer weiteren Fußgängerampel an der Otto-Bergmeier-Straße, weiterer Grunderwerb notwendig würde. Des weiteren seien dadurch Nachteile für die gesamte Lichtzeichenanlage zu erwarten. Im Übrigen werde der Durchgang durchaus noch genutzt. Seitens der Verwaltung werde, wie durch den Bauausschuss gefordert, eine möglichst kurze Bauzeit zur Umsetzung der Planung angestrebt.

Herr Auth regt an, für die rechtsabbiegenden Verkehrsteilnehmer aus der Bahnhofsausfahrt einen sog. „Grünen Pfeil“ zu installieren sowie die Ampelschaltung so vorzunehmen, dass, wenn die Bahnhofsausfahrt möglich ist, wenn die Ampelanlage an der Bahnhofstraße „rot“ anzeigt. Auf diese Weise würden Lücken entstehen, die ein Abfließen des Verkehrs erleichtern.

Herr Löcken macht deutlich, dass in die derzeit in der Umsetzung befindliche Planung nicht eingegriffen werden solle. Wichtig sei nur, die Option für die Zukunft zu sichern.

Herr Brauer lässt über den von Herrn Löcken formulierten geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Ziel, den abfließenden Verkehr vom Bahnhof über die Otto-Bergmeier-Straße zu führen, weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

6. Umgestaltung des Humboldtplatzes
Vorlage: 165/08

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Neubau Feuerwehr Mesum - Standortentscheidung und Vorlage der Funktionsstudie
Vorlage: 216/08

IA2783

Herr Brauer begrüßt Frau Mattedi vom Büro „KPlan“, welches mit der Erstellung der Standortanalyse für das Feuerwehrhaus in Mesum beauftragt wurde. Frau Mattedi stellt anhand einer per Beamer gezeigten Präsentation die erarbeitete Analyse mit den dazugehörigen Varianten vor (siehe auch Anlage zur Vorlage) und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Kuhlmann führt aus, dass der Stadt Rheine Flächen in direkter Nachbarschaft zum zu errichtenden Gebäude zum Kauf angeboten wurden, die sich ggf. zur Anlegung weiterer Stellplatzflächen eignen würden.

Es folgt eine kurze Diskussion über die Notwendigkeit der Vorhaltung einer Waschanlage für die Feuerwehrfahrzeuge auch an diesem Standort.

Frau Mattedi führt dazu aus, dass der vorgesehene Raum für die Säuberung der Fahrzeuge auch anderweitig nutzbar sei.

Herr Kuhlmann ergänzt, der logistische Aufwand für eine Reinigung andernorts sei wahrscheinlich nicht wirtschaftlich. Dieses sei ein Grund für die Ausweisung des als Waschhalle deklarierten Multifunktionsraumes.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine:

Der Neubau der Feuerwehr Mesum soll an dem jetzigen Standort der Feuerwehr Mesum an der Don-Bosco-Straße errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8. Prioritätenlisten für den Ausbau von:**
I. Straßen in Siedlungsgebieten
II. Stadtstraßen
III. Innerstädtische Projekte
Vorlage: 221/08

IB2208

Herr Schröder erläutert, die Vorlage wurde in diesem Jahr um den Punkt „Innenstadtprojekte“ erweitert. Er bittet um Arbeitsanweisungen für die Verwaltung, an welchen Projekten bevorzugt weitergearbeitet werden solle.

Herr Brauer schlägt vor, die Wortmeldungen anhand der römischen Ziffern in der Vorlage vorzunehmen.

zu I. Straßen in Siedlungsgebieten

Herr Löcken richtet seinen Dank an die Verwaltung für die Umsetzung der vorgebrachten Wünsche, im südlichen Teil des Baugebietes „Am Hilgenfeld“ den Ausbau der Straße „An den Kleingärten“ vorzuziehen.

Herr Kohlen merkt an, dass nach Meinung seiner Fraktion der Ausbau der Dutumer Straße von der Zeppelinstraße bis zur Felsenstraße ein weiteres Mal zugunsten dringenderer Projekte zurückgestellt werden sollte.

Herr Schröder erläutert, der Ausbau der Dutumer Straße sei in geschlossenen städtebaulichen Verträgen zugesichert worden. Hierfür seien bereits Vorausleistungen erhoben worden.

Herr Kuhlmann ergänzt, es gebe bereits einen konkreten Fall, in dem eventuell Rückforderungsansprüche gerichtlich eingeklagt werden sollen. Seitens der Verwaltung werde deshalb zu einem baldigen Ausbau dieses Straßenabschnittes geraten um gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Herr Havers fragt, ob abrechnungstechnisch die Möglichkeit bestehe, in einem ersten Abschnitt die Dutumer Straße vom Beginn des Baugebietes an bis zur Felsenstraße fertigzustellen.

Seitens der Verwaltung wird diesbezüglich eine Prüfung zugesagt.

Frau Overesch erklärt, sie habe bereits wiederholt um die Aufnahme des Projektes „Gehwege vom Bahnübergang „Moorstraße“ in das Investitionsprogramm gebeten.

Seitens der Verwaltung wird zugesagt, diesen Punkt mittelfristig zu berücksichtigen.

Herr van Wanrooy bezieht sich auf Punkt 7 (Seite 3 der Vorlage) und fragt, wie der Anschluss der nicht ausgebauten Sonnenstraße aus den zum Ausbau vorgesehenen Stichwegen heraus vorgesehen sei. Er sei der Ansicht, dass eine vernünftige fußläufige Verbindung zwischen dem Baugebiet geschaffen werden solle in Form eines Weges von der Windmühlenstraße bis zur Tecklenburger Nordbahn.

Herr Schröder erläutert, dieser Wunsch sei als eigenes Projekt zu sehen und stünde an anderer Stelle in der Liste (Nr. 36), ggf. solle er diesen Wunsch als Antrag formulieren, worauf Herr van Wanrooy erklärt, dass seine Wortmeldung als Antrag gewertet werden solle.

Herr Hagemeyer erklärt, der östliche Gehweg im Baugebiet „Am Hilgenfeld“ sei ja eine eigene Maßnahme. Er bezieht sich auf seinen Antrag aus dem letzten Jahr und regt an, den Bau des Gehweges gleichzeitig mit dem Straßenausbau anzugehen.

Herr Schröder verweist auf den mit der Firma „Eurode“ ausgehandelten Vertrag, wonach der Gehweg gesondert ausgeschrieben werden müsse. Die finanziellen Mittel für diese Maßnahme stünden in diesem Jahr noch nicht zur Verfügung.

Herr Forstmann ergänzt, bereits beim Ausbau der Straße „Am Hilgenfeld“ werde darauf geachtet, die Anschlüsse so zu verlegen, dass beim Bau der Gehwege keine Mehrkosten entstehen werden.

zu II. Stadtstraßen

Herr Kohnen bezieht sich auf den Abschnitt der Emsstraße zwischen Elter Straße und Osnabrücker Straße und fragt, ob die Kostenumlegung bzgl. der Anpassung der Belastbarkeit des Straßenbelages für die Nutzung durch Busse rechtlich sauber geregelt sei?

Herr Schröder antwortet, dass derzeit geprüft werde, wie die Umlage der Kosten erfolgen solle. Seinerzeit sei die Straße im Rahmen eines „Sparprogrammes“ ausgebaut worden und habe den Belastungen nicht standhalten können. Nunmehr sei es notwendig, auch den Unterbau komplett zu erneuern.

Herr Kohnen bezieht sich auf die Beratung zum Tagesordnungspunkt „Bahnhofsausfahrt“ und wiederholt, dass es Wunsch seiner Fraktion sei, die Durchfahrsmöglichkeit zwischen dem Bahnhof und der Otto-Bergmeier-Straße zu erhalten.

Bezüglich der Maßnahme „Breite Straße“ regt Herr Kohnen an, zunächst abzuwarten, ob dort in Kürze mit einer Bautätigkeit zu rechnen sei.

Herr Löcken rät zu besonderer Vorsicht bezüglich der Abrechnung der Anliegerbeiträge in diesem Bereich.

Herr Schröder erklärt, dass er unter dem Vorbehalt einer genauen Prüfung vor Durchführung der Bürgerbeteiligung davon ausgehe, dass für den Abschnitt ein Abrechnungsgebiet gebildet werde.

Herr Berardis fragt, wann vorgesehen sei, den 1. Abschnitt der Sandhövelstraße auszubauen?

Herr Schröder erläutert, es werde aus haushaltstechnischen Gründen im Herbst dieses Jahres eine Ausschreibung zur Umsetzung beider Maßnahmen geben. (Das Projekt ist über 2 Jahr veranschlagt)

Herr Berardis fragt zu Maßnahme Nr. 8 (Ausbau der Elter Straße von Kardinal-Galen-Ring bis Surenburgstraße), um welchen Straßenabschnitt genau es sich handele, Herr Schröder zeigt daraufhin per Beamer den Straßenplan.

Herr Berardis fragt, warum die Maßnahme Nr. 15 (Aloysiusstraße von Surenburgstraße bis Elter Straße) nicht schon früher in Angriff genommen worden sei.

Herr Schröder erklärt, die Maßnahme sei aufgrund des Widerstandes der Anlieger seinerzeit vertagt worden, mittlerweile gebe es aber Anfragen seitens der Anlieger, wann mit einem Ausbau zu rechnen sei.

Herr Löcken bezieht sich auf die in der letzten Sitzung angesprochenen Versackungen im Bereich des Lambertiringes und fragt, warum diese Maßnahme nicht im Programm aufgeführt sei.

Herr Schröder antwortet, zunächst müsse geklärt werden, ob tatsächlich die ganze Straße erneuert werden müsse oder ob es sich um eine normale Straßenunterhaltungsmaßnahme handele.

zu III. Innerstädtische Projekte

Herr Löcken erklärt, dass er das Projekt „Paseo“ in der Aufstellung vermisse.

Herr Schröder erläutert, dass das Projekt „Paseo“ nachträglich unter den nach 2012 in Angriff zu nehmenden Projekten aufgenommen werde.

Zur Liste: Investitionsprogramm zu I.

Herr Kohnen erklärt, dass seitens der CDU-Fraktion der Vorschlag gemacht werde, den Bau des Kreisverkehrs an der Ecke Sonnenstraße/Windmühlenstraße (Nr. 36) möglichst schon im Jahr 2010 erfolgen solle.

Herr Schröder sagt eine Prüfung der Angelegenheit zu. Abhängig sei das vom Haushaltsplan. Er fragt, ob der Vorschlag als Arbeitsauftrag für die Verwaltung verstanden werden solle.

Herr Kohnen bejaht dieses.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Herr Brauer stellt den Beschlussvorschlag **mit den gemachten Änderungsvorschlägen** zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt,

- I. Für den Ausbau von Straßen in Siedlungsgebieten,
 - II. Für den Ausbau vorhandener städtischer Straßen,
 - III. Für den Ausbau von innerstädtischen Projekten,
- die als Anlage beigefügten Prioritätenlisten vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung zum Haushalt 2009.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Wärmecontracting

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt soll im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgen.

10. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

11. Anfragen und Anregungen**11.1. Ebenheitsmessung Elter Straße**

Herr Willems fragt, ob die Ebenheitsmessung bereits durchgeführt worden sei.

Herr Forstmann erklärt, dass die Verhandlungen mit der Baufirma noch nicht abgeschlossen seien. Er erläutert, dass der seitens der Firma verbaute Asphalt nicht den Forderungen seitens der Stadt Rheine entspreche und dass deshalb Nachbesserungen erforderlich seien, über deren Durchführung derzeit verhandelt werde.

11.2. Nutzung von Dachflächen zur Erzeugung solarer Energie

Herr Reiske verweist auf eine Art Kataster über Dachflächen, die für die Erzeugung solarer Energie geeignet sind, das die Stadt Osnabrück erstellt habe. Er regt an, Überlegungen anzustellen, ob ein solches Verzeichnis auch für die Stadt Rheine sinnvoll sei.

Seitens der Verwaltung wird der Vorschlag aufgenommen, eine Weiterverfolgung wird in Aussicht gestellt.

11.3. Erneuerung der Stellplätze am Bahnhof in Mesum

Frau Overesch verweist auf den Förderantrag, der bereits vor längerer Zeit gestellt worden sei und fragt, ob zwischenzeitlich ein Bescheid eingegangen sei.

Herr Schröder erklärt, der Förderantrag sei seitens der Verwaltung vorbereitet, aber noch nicht gestellt worden, weil die weiteren Planungen für das Bahnhofsgebäude abgewartet werden sollten. Erst wenn das Gesamtkonzept erstellt sei, solle der formelle Förderantrag gestellt werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht, Herr Brauer schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils: 18:40 Uhr